



© Adobe Stock – Markus Mainka

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lehrpersonen

Frontex-Referendum

Ausgabe 17, 2022

Raphael Capaul, MA UZH



© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: info@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 17, 2022

KLV Verlag AG | Breitwiesenstrasse 9 | CH-8207 Schaffhausen
Telefon +41 71 845 20 10 | info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Sehr geehrte Kollegin Sehr geehrter Kollege

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Mit unserem Unterricht fördern wir die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein essenzielles Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Wir können die Jugendlichen mit unserem Unterricht motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass die Jugendlichen bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, regelmässig ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann. Die Unterrichtseinheit ist direkt einsatzbereit und wird Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich können Sie als Lehrperson die Vorlagen nach eigenem Ermessen weiterentwickeln und auf die eigene Unterrichtssituation anpassen.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Normative Fragen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar.

Bitte richten Sie diese an roman.capaul@unisg.ch.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Vorschlag für eine Unterrichtsdisposition (90 Minuten)

w&p aktuell



Inhalt	Methode/Hilfsmittel	Zeit
1) Einstieg	Input und Video	10 Min.
2) Hintergrund	Erläuterung	15 Min.
3a) Argumente Pro	Text 1 lesen und Leitfragen beantworten	20 Min.
3b) Argumente Contra		
4) Durchführung Debatte	Organisation gemäss Abbildung	20 Min.
	Reflexion zwischen Runde 1 und Runde 2	5 Min.
	Rückmeldung der Beobachtenden, Zusammenfassung und Schlussabstimmung	10 Min.
5) Abschluss	Rückblick, Kurzdiskussion, offene Fragen	10 Min.
		90 Min.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

1 Einstieg

Übergeordnete Debatte

Inputfragen, um an das Thema heranzuführen:

a) Aktueller Bezug zur Ukraine

- Können Schutzsuchende aus der Ukraine in den Schengen-Raum einreisen? Was brauchen sie dazu und wie lange können sie bleiben?
- Welche Bedeutung spielt die Frontex bei den Migrationsbewegungen resultierend aus dem aktuellen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und welche Bedeutung spielte die Frontex in der Flüchtlingskrise 2015?

(25 Jahre Schengenraum: Eine kurze Einführung in Frontex | Max-Planck-Gesellschaft
<https://www.mpg.de/14608168/eine-kurze-einfuehrung-in-frontex>)

b) Schengen und Grenzschutzausbau

- Welche Bedeutung hat der Schengen-Raum für die Schweiz wirtschaftspolitisch?
- Welche Bedeutung hat der Schengen-Raum für die Schweiz sicherheitspolitisch?
- In welchem Verhältnis stehen die beiden Aspekte Sicherheit Europas sowie Menschenrechtslage an den Grenzen Europas?
- Soll die Schweiz für die Sicherung der Aussengrenzen in Europa mehr Geld aufwenden? Warum?

Videos

SRF Tagesschau (22.09.2021) – «Zustimmung im Nationalrat»

[Tagesschau – Nationalrat stimmt Ausweitung von Frontex zu – Play SRF](#)

SRF Tagesschau (25.02.2022) – «Standpunkt Gegner»

[Tagesschau – Anti-Frontex Komitee prangert Gewalt an EU-Aussengrenze an – Play SRF](#)

SRF Tagesschau (02.03.2022) – «Lancierung Befürworter»

[Tagesschau – Bundesrat lanciert Abstimmungskampf zum Referendum über die Finanzierung von Frontex – Play SRF](#)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

2 Hintergrund¹

Die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex (seit 2005 tätig) hat die Aufgabe der Kontrolle der Schengen-Aussengrenzen, d.h. das Ziel, grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Einwanderung zu bekämpfen. Für die Weiterentwicklung von Schengen (Beitritt der Schweiz seit 2008 in Kraft) sehen die beteiligten Staaten einen Ausbau von Frontex vor. Sie wird in den nächsten Jahren mit mehr Personal und Mitteln ausgerüstet und soll auf 10'000 Einsatzkräfte aufgestockt werden. Der Ausbau hat zudem eine Stärkung des Grundrechtsschutzes zum Ziel. So werden u. a. 40 unabhängige Grundrechtsbeobachterinnen und -beobachter die Tätigkeit von Frontex observieren.

Der Ausbau von Frontex fusst auf einer revidierten EU-Verordnung, welche in nationales Recht überführt werden muss. Die Schweiz muss sich bei diesem Ausbau beteiligen, weil es sich um eine Schengen-Weiterentwicklung handelt. Im Herbst 2021 beschloss das Parlament die Schweizer Beteiligung am Ausbau von Frontex. Konkret heisst das, dass zum einen die Schweiz ihren Beitrag schrittweise von heute 24 Millionen auf 61 Millionen Franken im Jahr 2027 erhöht. Zum anderen stellt die Schweiz künftig mehr Grenzschutzpersonal zur Verfügung.

Gegen diesen Beschluss ergriffen Organisationen aus dem linken politischen Spektrum im Januar 2022 das Referendum. Das Schweizer Stimmvolk wird deshalb am 15. Mai 2022 über die Vorlage abstimmen.

Zu den Befürwortern gehört eine Mehrheit des Parlaments, der Bundesrat, die GLP, Die Mitte, FDP und economiesuisse. Die Gegnerschaft umfasst die Grünen, SP, Klimastreik und linke Organisationen. Die Befürworter betonen hinsichtlich der Relevanz der Frontex und dessen Ausbau die Sicherheit Europas. Zudem ist gemäss den Befürwortern die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz im Allgemeinen wichtig für die Schweizer Wirtschaft. Für die Gegner ist Frontex hingegen das Sinnbild der sogenannten «Festung Europas». Im Zusammenhang mit Frontex betonen sie den umstrittenen Umgang mit Migrantinnen und Migranten und die Missachtung des Rechts auf einen Asylantrag (Pushbacks).

Es gilt jedoch zu beachten, dass es innerhalb des linken und rechten (SVP) politischen Spektrums Risse gibt. Von einer linken Perspektive her stellt sich die Frage, ob ein Zeichen gegen die Missstände an der Schengen-Aussengrenze oder die Fortführung der Zusammenarbeit mit Europa höher zu gewichten ist. Aus rechter Perspektive sieht man sich mit dem Spannungsverhältnis eines Zeichens gegen Europa und der Abwehr von Migrantinnen und Migranten konfrontiert. Die Parole der SVP steht dementsprechend noch aus.

Auftrag 1: Text 1 (Contra) + Text 2 (Pro)

Einteilung der Klasse in eine Contra- und eine Pro-Seite für die später folgende Zick-Zack-Debatte (Amerikanische Debatte).

Wenn Sie zur Contra-Seite gehören, lesen Sie Text 1 (Resolution der Juso). Wenn Sie der Pro-Seite zugeordnet wurden, lesen Sie Text 2 (Argumentarium der economiesuisse). Dies ist eine Einzelarbeit. Beantworten Sie die Leitfragen (Partner- oder Gruppenarbeit).

Konsultieren Sie auch die ergänzend angegebenen Quellen (in den Fussnoten und im Quellenverzeichnis) und tätigen Sie weitere (Online-)Recherchen.

¹ Bundesrat: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/1902/de>
 Cura Vista: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200064>
 economiesuisse: <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/ja-zu-frontex-fuer-den-verbleib-bei-schengen>
 Komitee «No Frontex»: <https://frontex-referendum.ch/>
 NZZ: <https://www.nzz.ch/schweiz/nein-zu-frontex-kredit-gefaehrdet-schweizer-schengen-zugehoerigkeit-ld.1671901> & <https://www.nzz.ch/schweiz/gewerkschaftsbund-doch-dabei-linke-steht-vereinigt-hinter-frontex-referendum-ld.1669409>
 SRF: <https://www.srf.ch/news/schweiz/schweizer-frontex-beteiligung-das-sind-die-bundesrats-argumente-gegen-das-frontex-referendum>
 Tagblatt: <https://www.tagblatt.ch/schweiz/eu-grenze-der-kampf-gegen-die-festung-europa-stuerzt-die-linke-ins-dilemma-ld.2244840>
 Watson: <https://www.watson.ch/schweiz/gesellschaft%20%20politik/249021743-ueli-maurer-weibelt-fuer-frontex-ausbau-doch-koepel-und-co-sagen-nein>
 WOZ: <https://www.woz.ch/-be41>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

3a Argumentation der Contra-Seite

Text 1: Nein zur Finanzierung von Pushbacks! – Kein Mensch ist illegal!²

Über 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dies aus verschiedensten Gründen – Krieg, Vertreibung und Verfolgung. Faktoren wie die Entwicklung der Klimakrise, Armut und Perspektivlosigkeit verschärfen bestehende Konflikte und die Not der Menschen. Viele dieser Menschen fliehen nach Europa auf der Suche nach Sicherheit und Stabilität und hoffen, hier ein neues Leben aufzubauen. Die EU antwortet auf die Not der Geflüchteten mit einem rigorosen Grenzregime, welches Flüchtlinge gewaltsam abweist und ihnen ihr Recht auf Stellung eines Asylantrags verweigert. Ein entscheidender Player dieses inhumanen Grenzregimes ist Frontex, die europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache.

Wie unter anderem in einem der letzten SRF-Rundschau-Berichte oder in anderen Untersuchungen von Menschenrechts-NGOs dargestellt wurde, werden Pushbacks unter anderem bei der Frontex und den kroatischen Sicherheitskräften angewendet. Die Frontex hat sogar laut der UNO die EU-Staaten bei Pushbacks von 40'000 Geflüchteten unterstützt, was zu etwa 2'000 Toten geführt hat.

Obwohl diese Pushbacks klar menschenrechtswidrig sind, werden sie von der Schweiz und der EU finanziell unterstützt. Bis zum Jahr 2027 will auch die Schweiz ihren Frontex-Anteil schrittweise von heute 24 Millionen auf 61 Millionen Franken erhöhen. Dagegen wurde zuletzt ein Referendum lanciert. Die Schweiz hat auch indirekt über den Schengen-Fonds für die innere Sicherheit (ISF) die kroatischen Sicherheitskräfte an der Grenze finanziert, indem sie schon 138 Millionen Franken in diesen Fonds eingezahlt hat.

Die Situation an den EU-Aussengrenzen ist schon länger untragbar, aber durch neueste Entwicklungen hat sie sich vor allem in den östlichen EU-Ländern verschärft. Der belarussische Machthaber Lukaschenko möchte nämlich die Flüchtenden für seine eigenen politischen Interessen nutzen. Darum schicken belarussische Behörden die Flüchtenden an ihre Grenzen mit der EU und begründen es unter anderem mit der Bewegungsfreiheit. Somit übt Lukaschenko Druck auf die EU aus, vor allem an Litauen, Lettland und Polen, welche wiederum Grenzzäune errichtet haben und wo es nun zu illegalen Pushbacks kommt, ohne den Geflüchteten ihr Recht auf das Stellen eines Asylantrags zu gewähren.

Im betroffenen Gebiet haben Lettland und Polen den Notstand ausgerufen und somit drastische, repressive Massnahmen ergriffen, Journalist*innen verbannt und die Armee mobilisiert. In Polen wurde gar ein Gesetz verabschiedet, welches Pushbacks «legalisiert» und einen Kredit von 353 Millionen Euro für eine «Mauer» an der Grenze mit Belarus ermöglicht. Wir als JUSO verurteilen klar solche menschenrechtswidrigen und repressiven Massnahmen sowie die Aktionen der belarussischen Behörden und fordern, dass Konsequenzen von der Seite der Schweiz und der EU folgen.

Für die JUSO ist klar: Diese andauernde humanitäre Krise ist Ausdruck eines fundamental ungerechten Wirtschaftssystems, welches durch Ausbeutung Ungleichheiten und globale Konflikte schafft und fördert. Die Überwindung des Kapitalismus ist zentral für die Bekämpfung der Ursachen dieser Konflikte. Dennoch müssen wir uns auch in diesem System gegen die Ungerechtigkeiten in der Migrationspolitik einsetzen und uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit führen können.

² Juso: <https://juso.ch/de/standpunkte/migration/nein-zur-finanzierung-von-pushbacks-kein-mensch-ist-illegal/>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Kurz- und mittelfristig fordern wir folgende Massnahmen:

- Es braucht innerhalb der EU-Kommission eine konsequente Untersuchung und Aufarbeitung der illegalen Pushbacks und Gewalthandlungen durch Frontex und nationale Sicherheitsbehörden – hierfür muss sich auch die Schweiz einsetzen.
- Stopp von Zahlungen an das ISF-Grenzen Programm, wenn nötig auch mit Neuverhandlung dessen im Schengen-Abkommen
- Wiedereinführung des Botschaftsasyls
- Aufnahme von deutlich mehr Geflüchteten zur Entlastung der EU-Aussengrenzen
- Keine Finanzierung von Frontex, Unterstützung des Frontex-Referendums

«Wirtschaft & Politik aktuell»

3b Argumentation der Pro-Seite

Text 2: Schweizer Beitrag an Frontex sichert den Verbleib bei Schengen/Dublin³

Am 15. Mai 2022 stimmt das Schweizer Stimmvolk über eine Vorlage mit europapolitischem Fokus ab. Die Stimmberechtigten entscheiden darüber, ob sich die Schweiz weiterhin mit einem solidarischen und verhältnismässigen Beitrag an der Europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex beteiligt oder nicht. Da es sich bei dieser Frage um eine Weiterentwicklung des Schengen-Bestands handelt, geht es beim bevorstehenden Urnengang aber um viel mehr – nämlich um den Verbleib der Schweiz bei den Abkommen Schengen und Dublin. Beide Übereinkommen sind in vielerlei Hinsicht wichtig für die Schweiz: Insbesondere für die Sicherheit, für das unkomplizierte und barrierefreie Reisen innerhalb Europas, für die Wirtschaft, für den Tourismus und das anschliessende Gewerbe sowie auch für das Asylwesen. All diese Errungenschaften dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz auch Frontex genannt – spielt eine wichtige Rolle beim Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums, zu dem seit 2008 auch die Schweiz gehört. Gerade die europäische Flüchtlingskrise 2015 hat gezeigt, dass bestehende Grenzschutzmechanismen heute nicht mehr ausreichen, um den wachsenden Migrationsdruck richtig bewältigen zu können. Nicht selten liess sich in der Vergangenheit die Überforderung an den Schengen-Aussengrenzen im Süden und Osten Europas beobachten. Auch aktuelle Entwicklungen bestätigen dieses Bild. Die Ereignisse vom November 2021 an der Grenze zwischen Polen und Weissrussland oder die andauernden Flüchtlingsbewegungen an der Südgrenze des Schengen-Raums werden vermehrt mit administrativer Überforderung und Menschenrechtsverstössen in Verbindung gebracht.

Um die zunehmenden Migrationsbewegungen an der Südgrenze des Schengen-Raums besser handhaben und die international organisierte Kriminalität gezielter bekämpfen zu können, ist eine zeitgemässe Weiterentwicklung von Frontex und ihre Ausstattung mit mehr Ressourcen unabdingbar. Der Ausbau soll aber auch mit einer Professionalisierung von Frontex einhergehen, um die Menschenrechte künftig besser zu schützen.

Mit der Teilnahme an Frontex sichert die Schweiz auch ihre Mitgliedschaft im Schengen-Raum und beim Dublin-Abkommen. Denn beim Vorhaben handelt es sich um eine Weiterentwicklung der Schengen-Bestimmungen, weshalb sich alle Mitgliedstaaten anteilmässig daran beteiligen. Dasselbe gilt auch für die Schweiz. Entgegen den Behauptungen der Gegner lässt ein Blick in den Vertragstext keine Zweifel offen: Bei Nichtübernahme einer Verpflichtung aus dem Schengen-Abkommen verlässt die Schweiz den Schengen-Raum automatisch innerhalb von sechs Monaten. Weder die EU noch die Schweiz müssen das Abkommen kündigen. Weil das Dublin-Abkommen rechtlich mit Schengen verknüpft ist, würde die Schweiz zum gleichen Zeitpunkt auch ihre Mitgliedschaft beim Dublin-Abkommen aufs Spiel setzen.

Beide Verträge haben der Schweiz in vielen Bereichen wertvolle und wichtige Vorteile gebracht. Mit Schengen wurde zum Beispiel ein gemeinsamer Sicherheitsraum geschaffen mit stärkerem Schutz an den Aussengrenzen und engerer Polizeizusammenarbeit im Innern. So haben die Schweizer Polizei- und Justizbehörden unter anderem Zugriff auf die europäischen Fahndungsdatenbanken und können grenzüberschreitend Verbrechen effizienter und erfolgreicher bekämpfen. Bereits 2019 konnten dadurch 21'000 Fahndungserfolge erzielt werden. Schengen führt somit zu mehr Sicherheit in der Schweiz. Zudem können sich Schweizer Bürgerinnen und Bürger innerhalb Europas frei und ohne systematische Personenkontrollen bewegen. Und ausländische Touristen können mit dem Schengen-Visum ganz Europa und auch die Schweiz besuchen. Das ist insbesondere für den Tourismus und das anschliessende Gewerbe bedeutend. Dank der Mitgliedschaft bei Dublin werden

³ [economiesuisse: https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/der-schweizer-beitrag-frontex-sichert-den-verbleib-bei-schengendublin](https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/der-schweizer-beitrag-frontex-sichert-den-verbleib-bei-schengendublin)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

ausserdem die Asylgesuche in ganz Europa koordiniert, Doppelgesuche verunmöglicht und Asylanträge schnell und effizient bearbeitet.

Um all diese Errungenschaften für die Schweiz zu erhalten, braucht es am 15. Mai ein klares Ja an den Urnen. Es steht mehr auf dem Spiel, als auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Leitfragen

- 1) Ausbau von Frontex: Soll man solidarisch sein?

Befürworter: Ja, die Schweiz soll sich weiterhin solidarisch gegenüber Europa zeigen und sich verhältnismässig an der Frontex beteiligen. Solidarität gleich ein Ja an der Urne.

Gegner: Ja, die Schweiz soll Solidarität mit Migrantinnen und Migranten zeigen, welche an den Aussengrenzen Europas ungerecht behandelt werden. Solidarität gleich ein Nein an der Urne.

- 2) Welcher Zusammenhang besteht zwischen Frontex und Menschenrechten?

Befürworter: Die Vorwürfe, dass Menschenrechten an den Schengen-Aussengrenzen nicht genügend Beachtung geschenkt wird, sind ernst zu nehmen. Ein Rückzug der Schweiz von Frontex würde die Lage an den Aussengrenzen nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. Nur mit zusätzlichen Mitteln und entsprechend ausgebildetem Personal können Missstände an den Aussengrenzen künftig besser angegangen und behoben werden.

Gegner: Frontex führt an den Schengen-Aussengrenzen sogenannte Pushbacks durch. Somit führt Frontex Gewalthandlungen aus und hat viele Tote zu verantworten. Frontex ist für die humanitäre Krise und die unhaltbaren Zustände an den Toren Europas verantwortlich. Man darf die Frontex auf keinen Fall zusätzlich unterstützen, weil sich sonst die menschenrechtlichen Zustände an den Aussengrenzen weiter verschlechtern würden.

- 3) Welcher Zusammenhang besteht zwischen Frontex und den Abkommen Schengen/Dublin?

Befürworter: Wenn die Schweiz dem Ausbau von Frontex nicht zustimmt, ist der Fall klar. Der Ausbau der Frontex ist eine Weiterentwicklung der Schengen-Bestimmung. Eine Nichtübernahme hätte deswegen den Austritt der Schweiz aus dem Schengen-Abkommen zur Folge. Weil das Dublin-Abkommen rechtlich mit Schengen verknüpft ist, würde die Schweiz auch ihre Mitgliedschaft beim Dublin-Abkommen aufs Spiel setzen.

Gegner: Der Vertragstext ist diesbezüglich nicht hundertprozentig eindeutig. Die Phrase, dass das ganze Schengen- und sogar das Dublin-Abkommen an dieser Referendums-Abstimmung hängt, ist politische Angstmacherei der Gegner.

- 4) Was war der bisherige Erfolg von Frontex?

Befürworter: Frontex nahm ihre Aufgaben, die Bekämpfung illegaler Einwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität, bis anhin wahr. Teilweise zeigten sich Überforderungen, weswegen ein Ausbau der Frontex nötig ist.

Gegner: Frontex schafft keine sicheren Fluchtwege, sondern führt Krieg gegen Migrantinnen und Migranten. Zehntausende Tote vor Europa sind die Bilanz. Frontex verursachte Leid und gehört deswegen abgeschafft.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

4 Zick-Zack-Debatte (Amerikanische Debatte)

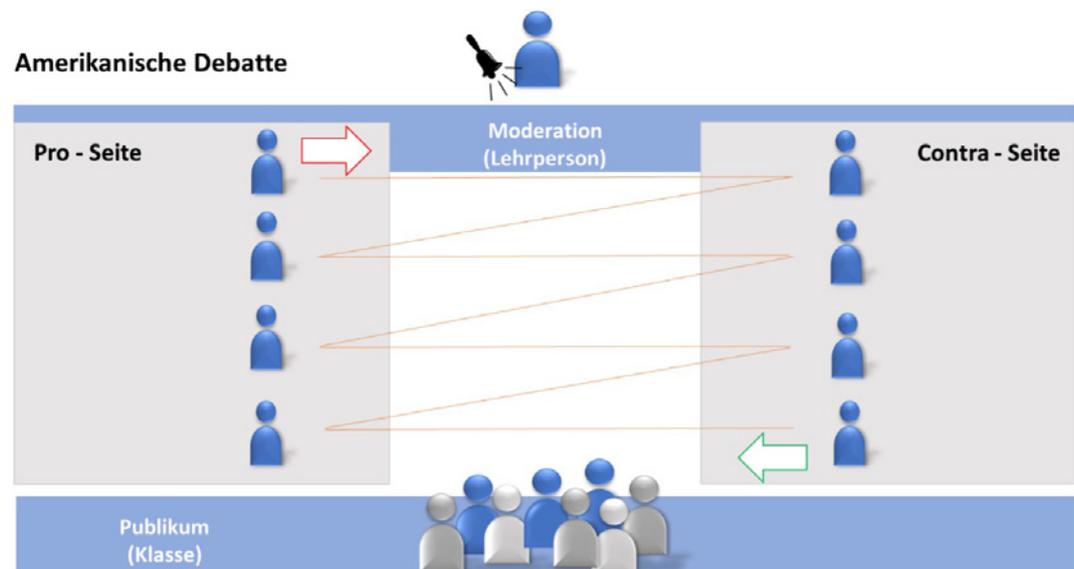
Vorbereitungsphase

Die Klasse wird in zwei Gruppen eingeteilt. Die eine Gruppe vertieft die erarbeiteten Pro-Argumente, die andere die Contra-Argumente.

Debatte

Diese strukturierte Diskussion erfolgt in zwei Runden und läuft nach folgenden Regeln ab:

- Jede Seite bestimmt mehrere Diskutantinnen und Diskutanten, die sich an einem Tisch gegenüber sitzen (Vorschlag hier: 4–5 Personen). Die überzähligen Schülerinnen und Schüler sind Beobachtende und halten die Argumentationskette fest.
- Die Lehrperson eröffnet die Debatte, indem sie einer Seite das Wort erteilt.
- Beginnt z. B. die Pro-Seite, kommt nach einer vorgegebenen Zeit (z. B. 1 Minute) die Contra-Seite (wieder für eine Minute) an die Reihe, dann wieder die Pro-Seite usw.
- Die Diskussionszeit der einzelnen Schülerinnen und Schüler ist streng einzuhalten. Die Lehrperson unterbricht jeden Beitrag nach der vereinbarten Zeit. Sie sollte zwischen 30 Sekunden und 1 Minute liegen.
- Am Ende der ersten Runde angekommen, geht das Ganze in umgekehrter Reihenfolge rückwärts zum Ausgangspunkt. Vor Beginn der zweiten Runde beraten sich die Gruppen zu ihrer Argumentationslinie, da nun die Argumente der Gegenseite bekannt sind. Die Diskutanten können sich nun so platzieren, dass sie direkt ihrem argumentativen Gegner gegenüber sitzen. In dieser Runde ist entscheidend, dass die Diskutanten auf das Argument ihres Vorredners eingehen und versuchen, dieses zu entkräften.
- Am Ende der Debatte kann eine allgemeine Plenumsrunde stattfinden. Die Beobachtenden können zur Debatte Stellung nehmen und die Qualität der Argumente anhand von Kriterien beurteilen. Schliesslich ist eine Abstimmung möglich.



«Wirtschaft & Politik aktuell»

5 Schluss

Kurzdiskussion

- a) Hat die Auseinandersetzung gewisse Einstellungen, Meinungen oder Ansichten der Schülerinnen und Schüler geändert?
- b) Welche neuen Erkenntnisse konnten die Schülerinnen und Schüler gewinnen?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

6 Glossar

Dublin-Abkommen	Abkommen über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags
Fakultatives Referendum	Politisches Instrument, um Volksabstimmung über Erlasse des Parlaments zu verlangen
Frontex	Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache; schützt Schengen-Aussengrenze
Pushback	Flüchtlinge an der Schengen-Aussengrenze ohne Möglichkeit eines Asylantrages illegal zurückschicken
Schengen-Raum	Zone, in der über 20 europäische Länder ihre Binnengrenze für den freien und uneingeschränkten Personenverkehr abgeschafft haben. Gemeinsam werden Aussengrenzen kontrolliert und Kriminalität bekämpft.
Schengen-Aussengrenze	Grenze, welche rund um den Schengen-Raum verläuft
Schengen-Abkommen	Abkommen und Grundlage des Schengen-Raums

«Wirtschaft & Politik aktuell»

7 Quellenverzeichnis

Videos

economiesuisse

<https://www.youtube.com/watch?v=kXpQibFWS6g>

SRF

Tagesschau – Nationalrat stimmt Ausweitung von Frontex zu – Play SRF

Tagesschau – Anti-Frontex Komitee prangert Gewalt an EU-Aussengrenze an – Play SRF

Tagesschau – Bundesrat lanciert Abstimmungskampf zum Referendum über die Finanzierung von Frontex – Play SRF

Texte online

Bundesrat

<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/1902/de> & <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80188.html>

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

<https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/das-efd/gesetzgebung/abstimmungen/frontex.html>

Juso Schweiz

<https://juso.ch/de/standpunkte/migration/nein-zur-finanzierung-von-pushbacks-kein-mensch-ist-illegal/>

Komitee «No Frontex»

<https://frontex-referendum.ch/>

economiesuisse

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/ja-zu-frontex-fuer-den-verbleib-bei-schengen>

NZZ

<https://www.nzz.ch/schweiz/nein-zu-frontex-kredit-gefaehrdet-schweizer-schengen-zugehoerigkeit-ld.1671901>

<https://www.nzz.ch/schweiz/gewerkschaftsbund-doch-dabei-linke-steht-vereinigt-hinter-frontex-referendum-ld.1669409>

Tagblatt

<https://www.tagblatt.ch/schweiz/eu-grenze-der-kampf-gegen-die-festung-europa-stuerzt-die-linke-ins-dilemma-ld.2244840>

Watson

<https://www.watson.ch/schweiz/gesellschaft%20&%20politik/249021743-ueli-maurer-weibelt-fuer-frontex-ausbau-doch-koepfel-und-co-sagen-nein>

Parlament

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200064>

SRF

<https://www.srf.ch/news/schweiz/schweizer-frontex-beteiligung-das-sind-die-bundesrats-argumente-gegen-das-frontex-referendum>

WOZ

<https://www.woz.ch/-be41>